

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Irmer, Dr. Guido Westerwelle, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt am Main), Cornelia Pieper, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zum Stand des Vereinigungsprozesses zehn Jahre nach Herstellung der staatlichen Einheit

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vor zehn Jahren, am 3. Oktober 1990, wurde die Wiedervereinigung Deutschlands im In- und Ausland mit großem Aufwand gefeiert. Weltweit folgten Staatspräsidenten, Regierungschefs und führende Persönlichkeiten des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens den Einladungen der deutschen Botschaften und gaben ihrer Freude über die Wiederherstellung der deutschen Einheit Ausdruck. Vorausgegangen waren die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, bei denen unter Leitung des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher die außenpolitischen und völkerrechtlichen Voraussetzungen für die Wiedererlangung der uneingeschränkten Souveränität des vereinten Deutschlands geschaffen worden waren. Mit den Unterschriften unter den Zwei-plus-Vier-Vertrag wurden auch die Weichen für die Überwindung des Kalten Krieges und für eine gesamteuropäische Friedensordnung gestellt. Angesichts der epochalen Veränderungen, die sich seit der Herstellung der deutschen Einheit und seit Ende des Kalten Krieges ergeben haben, ist der bevorstehende zehnte Jahrestag Anlass, sich der deutschen Wiedervereinigung in einer seinen historischen Dimensionen angemessenen Weise zu erinnern. Der zehnte Jahrestag ist aber auch eine willkommene Gelegenheit, sich bei den damaligen Alliierten, bei den Partnern in der Europäischen Union, in der NATO, in der OSZE und auch bei den vielen Staaten, die den Wiedervereinigungsprozess im Rahmen der Vereinten Nationen wohlwollend begleitet haben, angemessen zu bedanken. Es ist daher vollkommen unverständlich, dass ausgerechnet in diesem Jubiläumsjahr die den deutschen Auslandsvertretungen üblicherweise zur Ausrichtung von Empfängen für den Tag der Deutschen Einheit zur Verfügung gestellten besonderen Zuschüsse ersatzlos gestrichen werden. Zwar ist grundsätzlich zu begrüßen, dass auch die Leiter deutscher Auslandsvertretungen bei der Ausrichtung ge-

sellschaftlicher Veranstaltungen die Möglichkeit der Kofinanzierung durch Sponsoren prüfen sollen. Angesichts der zentralen Bedeutung des deutschen Nationalfeiertages, auch für die Pflege der bilateralen Beziehungen, ist es jedoch nicht akzeptabel, dass Empfänge aus Anlass des zehnten Jahrestages der deutschen Einheit in Ermangelung von Sponsoren entweder gar nicht oder nur in erheblich eingeschränktem Umfang durchgeführt werden können. Deutschland kann es sich nicht leisten, dass aus kurzfristigen haushaltspolitischen Erwägungen dem deutschen Ansehen in der Welt nachhaltiger Schaden zugefügt wird.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf:

1. den sogenannten „außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen“, der den Leitern deutscher Auslandsvertretungen oder deren Stellvertretern aus Anlass der Durchführung eines Empfanges zum Tag der Deutschen Einheit entsteht, von den Sparbeschlüssen des Bundeshaushaltes im Einzelplan 05 auszunehmen;
2. in jedem Falle dafür Sorge zu tragen, dass dort, wo die teilweise Übernahme von Kosten durch Sponsoren nicht gewährleistet ist, eine dem Anlass angemessene gesellschaftliche Veranstaltung durch die deutschen Auslandsvertretungen sichergestellt wird.

Berlin, den 26. September 2000

Dr. Helmut Haussmann
Ulrich Irmer
Dr. Guido Westerwelle
Ina Albowitz
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Horst Friedrich (Bayreuth)
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Birgit Homburger
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt am Main)
Cornelia Pieper
Gerhard Schüßler
Dr. Irmgard Schwaetzer
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion